

Wachstumsverweigerung! *Décroissance*

von
Ernst Schmitter

Wachstumsverweigerung

Immer mehr Menschen sagen nein zum Wachstumszwang – auch zum „Green New Deal“

Was ist zu tun angesichts der umfassenden Krise, die der Marktfundamentalismus zu verantworten hat? Der neoliberale Brandstifter spielt den Feuerwehrmann und hat die Antwort parat: Weiterwursteln! Das darf er aber nicht sagen. Deshalb tut er, was Ideologen in schwierigen Zeiten immer tun: Sie benennen um, was ihnen peinlich ist, und blockieren unser Denken mit einer Formel.

Beispiele aus der jüngsten Geschichte: Unter dem Konkurrenzdruck des Sowjetimperiums hieß kapitalistisches Weiterwursteln „soziale Marktwirtschaft“. Später musste man angesichts der Grenzen des Wachstums von „qualitativem Wachstum“ sprechen, was immer das bedeuten konnte. Bedrängt durch die immer offensichtlicher werdende menschengemachte Klimakatastrophe, taufte der Neoliberalismus sein Weiterwursteln in „nachhaltige Entwicklung“ um.

Das neueste Beispiel in der Reihe der Worthülsen, mit denen man uns eine bessere Zukunft vorgaukelt, ist nun der „Green New Deal“. Was damit gemeint ist? Weiterwursteln, aber grün und gerecht. Ein unauflösbarer Widerspruch! Die Farce wird dadurch zur Tragödie, dass politisch Rot und Grün einmal mehr als gelehrige Schüler das Spiel des liberalen Mentors mitspielen. Mäuse fängt man mit Speck und Rotgrüne mit dem Green New Deal.

Ist also keine Alternative zum grün eingefärbten Wachstumsdogma in Sicht? Doch! Es gibt in Europa – mit Schwerpunkt in Frankreich – immer mehr Menschen, die sich dem Wachstum ganz verweigern. In Frankreich verstehen sie sich als gesellschaftliche Bewegung und sind politisch sehr aktiv. Ihre öffentliche Wirkung verdanken sie dem schlagkräftigen Begriff „*Décroissance*“ (Abnahme, Schrumpfung), dem Markenzeichen für Wach-

tumsverweigerung in den frankofonen Ländern. *Décroissance* ist das gemeinsame Motto einer heterogenen, teilweise auch miteinander im Streit liegenden Gruppe von Intellektuellen, Medienleuten und politischen Aktivisten. Ihnen allen ist eine Überzeugung gemeinsam: Wir werden den Ausweg aus unserer Zivilisationskrise nicht finden, wenn wir die Gestaltung unseres Lebens weiterhin von der Wirtschaft und ihren Zwängen, insbesondere dem Wachstumszwang, bestimmen lassen.

Das breite Spektrum der Bewegung lässt sich nicht in einem kurzen Text darstellen. Stattdessen soll hier einer ihrer Vertreter kurz vorgestellt werden: Paul Ariès, Jahrgang 1959, Politologe und Autor mehrerer Bücher zum Thema. Seinem politischen Programm liegt der Begriff der „*gratuité*“ (Kostenlosigkeit) zugrunde. Ein sinnvoller Gebrauch (*bon usage*) von Gütern und Dienstleistungen müsste Ariès zufolge kostenlos sein. Ein umwelt- und klimaschädigender Verbrauch (*mésusage*) sollte hingegen verboten oder drastisch verteuert werden. Für Trink- und Duschwasser oder für Straßenbahnfahrten soll man nicht bezahlen müssen. Das private Schwimmbad und die Autobahnfahrt im Porsche müssen dagegen abgeschafft werden oder unzumutbar teuer zu stehen kommen.

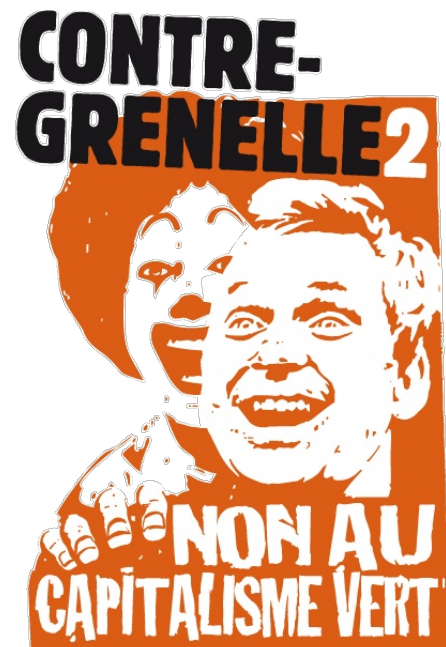
Die *Décroissance*-Bewegung verfügt über eine Monatszeitschrift gleichen Namens (Auflage 45.000). Sie wirbt für Wachstumsverweigerung auf drei Ebenen: individuelle Lebensgestaltung, kollektive Experimente (Wohngemeinschaften, Landkooperativen usw.) und Politik. Die Grundüberzeugung der Wachstumsverweigernden lässt sich in einem Bild zusammenfassen: Wir müssen nicht einen immer noch größeren Kuchen backen, damit alle genug abbekommen. Wir müssen das Rezept ändern und den Kuchen besser verteilen als bisher. Oft nennen sie ihre ökonomisch-politische Leitvorstellung „dauerhafte Wachstumsrücknahme“.

Gegen grüne Wachstumspolitik

In Frankreich wurde die Kritik an Öko-Kapitalismus und Green New Deal zur Bewegung

Es war in der Rue de Grenelle in Paris, wo am 27. Mai 1968, mitten im Generalstreik, ein Abkommen zwischen der französischen Regierung, den Gewerkschaften und den Unternehmern geschlossen wurde. Seither werden in Frankreich Abkommen, die auf einer breiten Basis ausgehandelt werden, oft als „Grenelle“ bezeichnet.

2007 leitete Präsident Sarkozy eine Konferenz mit dem Titel „Umwelt-Grenelle“ (*Grenelle de l'environnement*). Sein erklärtes Ziel: grünes Wirtschaftswachstum. Offensichtlich ging es dabei um ein Greenwashing des forcierten Wachstumskurses, den Sarkozy dem Land verordnet hat. So klammerte er die Nukleartechnologien von vornherein als nicht verhandelbar aus. Die Konferenz beschloss 268 Maßnahmen, darunter den Bau neuer Autobahnen und TGV-Linien. Dadurch sollen über zehn Jahre hinweg Investitionen von 440 Milliarden Euro ausgelöst werden. Der „Green New



„Nein zum Grünen Kapitalismus“